

Antrag

**der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

Sicheres jüdisches Leben in Baden-Württemberg – gemeinsam und geschlossen gegen Antisemitismus

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen:

Der Landtag von Baden-Württemberg verurteilt den hinterhältigen und feigen Angriff am Sabbat – dem jüdischen Ruhetag – auf die Synagoge in Ulm auf das Schärfste.

Der Landtag von Baden-Württemberg stellt sich weiterhin entschieden gegen jede Form von Judenfeindlichkeit und Antisemitismus und unterstützt alle Maßnahmen der Landesregierung, Angriffe auf jüdische Bürgerinnen und Bürger zu verhindern und Straftaten schnell und konsequent zu ermitteln.

Der Landtag von Baden-Württemberg dankt daher der Polizei Baden-Württemberg und der Feuerwehr Ulm für ihr rasches und entschiedenes Handeln.

Die Bürgerschaft und die Kirchen Ulms haben noch am Tag des Anschlags in einer spontanen Mahnwache gezeigt: Wir stehen zu jüdischem Leben in unserer Mitte und stellen uns gemeinsam entschieden gegen Antisemitismus. Für dieses starke und wichtige Signal danken wir sehr.

Der Landtag von Baden-Württemberg betrachtet den Schutz jüdischer Menschen und ihrer Begegnungsorte als besondere Verantwortung – gestern, heute und morgen. Wer Jüdinnen und Juden in Deutschland mit Verschwörungsvorwürfen überzieht oder gar attackiert, stellt sich gegen 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, gegen die Lehren aus den NS-Verbrechen, gegen unser freiheitliches und friedliches Zusammenleben, gegen unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Antisemitismus ist keine legitime Form der Kritik an israelischer Politik. Politischer und medialer Kampagnen – aus dem Inland sowie aus dem Ausland – gegen unser friedliches Zusammenleben in Baden-Württemberg sowie der gezielten, digitalen Radikalisierung junger Menschen wollen wir uns verstärkt entgegenstellen und diese durch Aufklärung zurückdrängen.

Der Landtag von Baden-Württemberg betrachtet es als großes Geschenk, dass jüdisches Leben in unserem Land wieder lebendig und tief verwurzelt ist.

Der Staat trägt die ständige fortwährende Aufgabe, jüdisches Leben in Baden-Württemberg zu schützen und Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus kontinuierlich zu bekämpfen. Der Landtag von Baden-Württemberg setzt sich deshalb weiterhin entschieden dafür ein, den höchstmöglichen Schutz für alle in Baden-Württemberg lebenden Personen jüdischen Glaubens zu garantieren.

Der Landtag von Baden-Württemberg bekennt sich darüber hinaus klar zum Existenzrecht und zur Sicherheit Israels.

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. den Schutz jüdischen Lebens und jüdischer Einrichtungen weiterhin mit höchster Priorität und als Daueraufgabe zu behandeln;
2. den Kampf gegen Antisemitismus weiter entschlossen und entschieden fortzuführen;
3. den Beauftragten der Landesregierung in seinem Einsatz für jüdisches Leben und gegen alle Formen von Antisemitismus zu stärken;
4. die gemeinsam identifizierten vielfältigen Maßnahmenprogramme aus Drucksache 16/3622 weiter zu intensivieren und zu verstetigen.

9.6.2021

Andreas Schwarz
und Fraktion

Hagel
und Fraktion

Stoch
und Fraktion

Dr. Rülke
und Fraktion

Begründung

In diesem Jahr begehen wir das Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Es ist beschämend, dass es heute noch solche widerwärtigen und inakzeptablen Angriffe auf das jüdische Leben gibt. Jeder Angriff gegen unsere jüdischen Mitmenschen oder ihre Versammlungsorte ist ein Angriff gegen unser Wertesystem und die Grundwerte unserer Demokratie. Dieser Antrag unterstreicht diese eindeutige Haltung des Landtags von Baden-Württemberg und zeigt klare Kante gegen jede Form von Antisemitismus – gleich welchen Ursprungs.